

## Zur Rechts-, Staats- und politischen Kultur in Europa

### Eine Annäherung an die Bedeutung politischer Individualisierung in Zeiten des wiederaufkommenden Nationalismus

#### A. Nationalismus in Europa

Eine Welle des Nationalismus ergießt sich über Europa. Sie bedient sich verschiedener Bedrohungsszenarien, die sich festmachen an Einwanderung, Fluchtbewegungen und Terrorismus. Wenn nationalistische Wortführer diese Szenarien gerne benützen, um ihre Ideologien mit bedrohlichen Bildern zu untermauern, so illustriert dies lediglich ihre irreführende Methode der einfachen Antworten. Der von den Vereinfachern geschürte Nationalismus hat seine Wurzeln in tiefgreifenden weltweiten Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges.

Der Fall der Berliner Mauer hat nicht nur Europa grundlegend verändert. Weltweit erfolgte ein beispielloser Schub der Globalisierung, der neue Gewinner und neue Verlierer geschaffen hat. Neu aufstrebende Wirtschaftsmächte konkurrieren mit vormals wirtschaftlich dominanten Ländern. Einwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften schafft neue Konkurrenz. In umgekehrter Richtung werden Arbeitsplätze in Länder mit niedrigen Lohnkosten ausgelagert. Innerhalb der Europäischen Union hat der Binnenmarkt wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht, dies aber in ähnlicher Weise durch Schaffung neuer Konkurrenzverhältnisse über die Staatsgrenzen hinweg. In allen Gesellschaften haben diese und andere Veränderungen zu einem weiteren Auseinanderklaffen der Schere zwischen Reich und Arm geführt. Soweit nur einige der wirtschaftlichen Phänomene, welche Globalisierungssängste hervorrufen.

Auch militärisch brachte das Ende des Kalten Krieges Veränderungen. Ob der Wegfall der gegenseitigen Blockierung im ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ die Welt friedlicher gemacht hat, ist offen. Jedenfalls hatte er zur Folge, dass überhaupt erst wieder denkbar wurde, in Krisenregionen militärisch zu intervenieren. Alle militärischen Interventionen westlicher Staaten führten in den jeweiligen Krisenregionen zu noch mehr Destabilisierung. Europa trägt heute die Folgen dieser Interventionspolitik, indem Flüchtlinge nicht nur, aber auch aus solchen Regionen den Kontinent erreichen. Sie generell mit Terroranschlägen in Verbindung zu bringen, entbehrt einer sachlichen Grundlage. Ungeachtet dessen ist es verständlich, dass brutale Anschläge, wie sie auch in Europa verübt worden sind, Ängste vor einer Fortsetzung dieser Form des Terrors aufkommen lassen. Die Angst vor Terroranschlägen trägt das ihre zur globalisierungsbedingten Verunsicherung bei.

Auf dem Boden all dieser Ängste konstruieren nationalistische Parteien in ganz Europa ihre einfachen Antworten und Versprechungen. In mittelosteuropäischen Ländern, die nach der Jahrtausendwende Mitglieder der Europäischen Union geworden sind, kommt ein weiteres Phänomen hinzu. Diese Länder standen jahrzehntelang unter sowjetischer Dominanz. Der damals verordnete blockspezifische Internationalismus widersetzte sich grundsätzlich der Betonung nationaler Zugehörigkeit. Dies führte bei Teilen der Bevölkerung zu einer Art Nachholbedarf, der heute nationalistische Bewegungen begünstigt.

## B. Erfindung einer neuen Form von Staatlichkeit

Mit dem wieder aufkommenden Nationalismus sind einerseits die Staaten konfrontiert, in welchen solche Bewegungen Fuß fassen können, vor allem aber auch die Europäische Union als Ganzes. Sie ringt nicht nur mit der Bewältigung der Krisensituationen in verschiedenen Sachbereichen. Gerade solche Krisen haben aufgezeigt, dass die Union einer Weiterentwicklung und einer Bereinigung ihrer eigenen Strukturen bedarf. Der polnisch-britische Soziologe und Philosoph *Zygmunt Bauman* hat darauf hingewiesen, dass heute in Europa ein ähnlicher Erfindungsgeist nötig sei, wie damals, als sich das republikanische Denken durchsetzte und seinen Niederschlag im Nationalstaat fand. Auch heute müsse auf europäischer Ebene Macht und Politik zusammengebracht werden, „die gegenwärtig getrennt sind und in entgegengesetzte Richtungen steuern“.<sup>1</sup> Folgt man dieser Überlegung, führt der Blick auf die Zeit Ende des 18. Jahrhunderts zurück, als die ersten Nationalstaaten entstanden. Auch damals war die Zeit reif geworden für eine neue Konstruktion im Staatswesen. Eine neue Form von Staatlichkeit, die es zuvor noch nicht gegeben hatte, war angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung unabdingbar geworden. Dafür stellte die Industrialisierung nur eine äußere Bedingung dar. Entscheidend ist die Kategorie der Zugehörigkeit des Individuums, oder wenn man so will seiner ‚Beheimatung‘.

Die Modernisierung hob alte Loyalitäten aus den Angeln. Die Religion hatte ihre Autorität verloren, in ihr waren Teile der Bevölkerung nicht mehr ‚zu Hause‘. Desgleichen war die Monarchie nicht mehr glaubwürdig, wie auch das Ständewesen, welches die letztere noch lange gestützt hatte. Sippe und Familienzugehörigkeit vermittelten keine Sicherheit mehr. Das Vertrauen in eine allgemeine Ordnung und in jene, die sie hätten errichten können, war erschöpft. Staatsgrenzen gab es in Europa schon im Mittelalter, die Staaten waren Monarchien gewesen und als ‚Souverän‘ galt der König. Man ging weiterhin vom Territorialstaat aus, aber nun sollte das Volk selber zum ‚Souverän‘ werden. Es ging darum, innerhalb der alten territorialen Grenzen jenseits der alten und verbrauchten Loyalitäten wieder eine Ordnung zu schaffen. Auch diese neue Ordnung bedurfte jedoch der Loyalität, oder heute würde man sagen der Akzeptanz. Es musste ein Gefühl der Zugehörigkeit ermöglicht werden, und dieses konzentrierte sich nun auf die ‚Nation‘.

---

1 *Bauman*, Europa. Ein unvollendetes Abenteuer, 2015, S.174.

Dem Nationalstaat gehörte man nicht mehr aufgrund der Abstammung an, aus einer Sippe oder einer Familie, einer Religionszugehörigkeit, oder weil man zu irgendeinem Fürsten ‚gehört‘ hätte, sondern lediglich aufgrund der individuellen Existenz im jeweiligen Territorialstaat.

Der demokratische Nationalstaat bedeutete ein Versprechen: Zugehörigkeit zu einem Territorialstaat, zusammen mit vielen anderen Menschen, die man nicht persönlich kannte, und deren Herkunft mit der eigenen nicht übereinstimmen musste. Und es war das Versprechen der Demokratie, damals unter dem Begriff der ‚Republik‘, der *res publica*, der gemeinsamen Sache. Die Zugehörigkeit bedeutete beides: Vertrauen in die Freiheit, die einem der Nationalstaat gewährt, und Loyalität zur gemeinsamen Sache, die man gemeinsam regeln wollte.<sup>2</sup> Zwar wurden in den Revolutionen, welche zu den ersten Nationalstaaten führten, diese Versprechen nicht immer eingehalten. Und in der weltweiten Verbreitung des Nationalstaates führten längst nicht alle Staatsbildungen zur Demokratie. In Europa ist der Nationalstaat normativ jedoch immer noch mit der Demokratie verbunden. Den Vertrauensverlust, der hinsichtlich der Europäischen Union beklagt wird, führen denn auch viele auf den nur langsam vorankommenden Ausbau der Demokratie in der Union zurück.

Die heutige Situation Europas ist der damaligen zur Zeit der Bildung erster Nationalstaaten vergleichbar. Auch große europäische Staaten sind nicht mehr in der Lage, allein eine Ordnungsstruktur zu gewährleisten, welche in der Lage wäre, den gesellschaftlichen Entwicklungen und Anforderungen zu genügen. In ähnlicher Weise wie damals muss eine neue Form von Staatlichkeit auf europäischer Ebene erfunden werden, die es bis anhin noch nicht gegeben hat. Und auch heute stellen die oben beispielhaft erwähnten Herausforderungen nur eine äußere Bedingung dar. Entscheidend ist auch heute die Kategorie der Zugehörigkeit des Individuums, oder wenn man so will seine ‚Beheimatung‘, diesmal auf der europäischen Ebene.

### C. Rechts-, Staats- und politische Kultur

Eine der zentralen Errungenschaften der Revolutionen Ende des 18. Jahrhunderts war die ‚Volkssouveränität‘, in welcher das Volk den König als ‚Souverän‘ abgelöst hat. Der Begriff des Volkes enthält die ganze Ambivalenz, die im Spannungsverhältnis zwischen der Idee des Nationalstaates und dem Nationalismus zum Ausdruck kommt. In der republikanisch verstandenen Volkssouveränität meint ‚Volk‘ alle Staatsbürger auf dem Territorium eines Nationalstaates. Der Nationalismus versteht als Volk hingegen die Gemeinschaft der ethnischen Herkunft. Ein Volk von Staatsbürgern besteht aus Individuen, welche ganz unterschiedlichen Kulturen und Religionen angehören können und

---

<sup>2</sup> *Hans-Ulrich Wehler* nennt die „nationaldemokratische Partizipationsmaxime“ als ein wichtiges Element in der Ersetzung gruppenspezifischer (partikularstaatlicher, regionaler, konfessioneller) Identitäten durch die nationale Identität. *Wehler, Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen*, 2001, S. 50.

deren ethnische Herkunft keineswegs übereinstimmen muss. Selbstbewusste Staatsbürger lassen sich nicht in kollektive Identitäten zwingen. Stattdessen verfügen sie über die Loyalität zu einer gemeinsamen Rechts-, Staats und politischen Kultur. Denn diese ist es, die ihnen nicht nur die Teilnahme an der staatsbürgerlichen und damit politischen Diskussion zur Lösung anstehender öffentlicher Probleme ermöglicht, sondern sie garantiert ebenso die private Freiheit im Rahmen der so geschaffenen öffentlichen Ordnung. Hier setzt die Zugehörigkeit an, um die es auch auf europäischer Ebene geht. Europa kann diese Zugehörigkeit nicht auf irgendwelche Mythen abstützen. Europa basiert auf individueller europabürgerlicher Zugehörigkeit, genauso wie sich ein tragfähiger Nationalstaat auf individuelle Staatsbürger abstützen muss.

Zugehörigkeit zu Europa, insbesondere zur Europäischen Union, kann nur auf einer gemeinsamen Rechts-, Staats- und politischen Kultur aufbauen. Dabei gehen auch überzeugte Europäerinnen und Europäer zunächst einmal von dem ihnen vertrauten Zugehörigkeitsgefühl aus, nämlich jenem zum eigenen Herkunftsstaat. Nun sind diese Kulturen aber von Staat zu Staat recht unterschiedlich, auch wenn man sich in der EU auf viele gemeinsame Grundsätze hat einigen können, insbesondere im Bereich der Grund- und Freiheitsrechte wie auch hinsichtlich verfahrensrechtlicher Abläufe. Schon ein recht oberflächlicher Vergleich zwischen den großen Mitgliedstaaten der Union, Frankreich, Deutschland und Noch-Mitglied Großbritannien kann dies verdeutlichen.

Die Staatsgläubigkeit der Franzosen ist legendär, wie auch ihr Zentralismus. Vom Präsidenten und seiner Administration erwartet man alles, und in Ausnahmesituationen fügt man sich der Obrigkeit, der die Verfassung weitgehende Rechte einräumen kann. Aber die Zugehörigkeit zur ‚Grande Nation‘ trägt auch Züge einer Hass-Liebe: Franzosen gehen gegen ihren Staat leicht auf die Straße, wenn es etwas zu kritisieren gibt. Auf der einen Seite entscheiden sich die Dinge politisch, auf der anderen Seite werden sie durch einen Verwaltungsapparat administriert. Wie anders dagegen Deutschland, wo alles Politische so schnell wie möglich verrechtlicht wird. Vertrauen in kontrollierte rechtliche Abläufe bildet das Gegengewicht zu einem relativ geringen Vertrauen in die Politik. Die Drohung von im Parlament unterlegenen Minderheiten, Mehrheitsentscheidungen vor das Verfassungsgericht zu tragen, ist allgegenwärtig. Zentralismus wie in Frankreich wäre in der Bundesrepublik undenkbar, Souveränität wird mit den deutschen Bundesländern geteilt. Gerade diesbezüglich könnten sich die Zugehörigkeitsvorstellungen in Großbritannien nicht stärker unterscheiden. Hier löst die Abgabe von Souveränitätsrechten an die regionalen Parlamente große Diskussionen aus, da sich in der allgemeinen Wahrnehmung Souveränität ganz auf das nationale Parlament konzentriert. Dieses gilt mit seiner ins Mittelalter reichenden Geschichte als ‚Mutter aller Parlamente‘ und seine Einschränkung durch die Justiz ist schwer vorstellbar. Aus dieser absoluten Parlamentsouveränität resultiert ein anderes Politikverständnis als in Frankreich oder Deutschland.

Im breiten Fächer der Elemente von Rechts-, Staats- und politischer Kultur hat die EU bisher vor allem die Karte des Rechts gespielt. In langwierigen politischen Auseinander-



etzungen wurden kontinuierlich jene Institutionen geschaffen, welche hinführen sollen zu der eingangs erwähnten neuen Form der Staatlichkeit. In der Rechtskultur ist am meisten Übereinstimmung erreicht worden. Aber das politische Leben in und im Umgang mit den Institutionen scheint noch nicht genügend Anknüpfungspunkte zu bieten für die Entwicklung von Zugehörigkeit. „Verlieben kann man sich nicht in einen Binnenmarkt“, wird der frühere EU-Kommissionspräsident *Jacques Delors* zitiert.<sup>3</sup> Der nur langsam vorankommende Ausbau der Demokratie spielt dabei sicher eine Rolle.

Die Fragestellung ist aber eine breitere, denn es geht um das ganze Spektrum von Rechts-, Staats- und politischer Kultur. Eine solche kann sich auf europäischer Ebene nur weiter entwickeln im Bewusstsein, dass die EU nicht einfach eine Weiterführung der eigenen Rechts-, Staats- und politischen Kultur auf höherer Ebene sein kann, weder der französischen, noch der deutschen und auch nicht der britischen – und dies galt auch schon für die Zeit vor dem Brexit. Ohnehin kann die Form des Nationalstaates nicht einfach auf die europäische Ebene angehoben werden.

Europa verfügt über eine Vielfalt an Erscheinungsformen der Rechts-, Staats- und politischen Kultur. Aber nur im Bereich der Rechtskultur besteht eine langjährige vergleichende Tradition, wurden doch im Laufe der Entwicklung des EU-Rechts in die Rechtsvergleichung immer auch die nationalen Rechtskulturen einbezogen. Demgegenüber haben das unterschiedliche Staatsverständnis und die politischen Kulturen der verschiedenen europäischen Staaten erst in jüngerer Zeit vermehrtes Interesse geweckt. Solange die Akteure im Hinblick auf die europäische Ebene von einem Staatsverständnis und einer politischen Kultur ausgehen, die sich nur an jenen ihres Herkunftslandes orientieren, ist die Entwicklung von Gemeinsamkeiten schwierig.<sup>4</sup> Es sollte die ganze Vielfalt an Erscheinungsformen der Rechts-, Staats- und politischen Kultur in Europa in Betracht gezogen werden.

#### D. Individualisierung als Voraussetzung der Demokratie

Sowohl Individualisierung als auch Zukunftsorientierung sind Elemente, ohne welche eine lebendige Demokratie nicht auskommen kann. Die Moderne hat die Individualisierung immer weiter vorangetrieben, in praktisch allen Lebensbereichen. In einigen dieser Bereiche wird Individualisierung heute auch kritisch hinterfragt, so zum Beispiel hinsichtlich der ‚sozialen Medien‘, auch und gerade was deren Auswirkung auf die Demokratie anbelangt. Dieser Frage wird hier nicht weiter nachgegangen. Nur von einer Erscheinungsform, die mitunter ebenfalls als ‚Individualisierung‘ bezeichnet wird und den

3 *Monti*, Eine neue Strategie für den Binnenmarkt. Bericht an den Präsidenten der Europäischen Kommission; *Jose é Manuel Barroso*, 2010, S. 14; oder wie es *Ernest Renan* schon 1882 formulierte: Ein „Zollverein“ ist kein Vaterland. vgl. Fn 5.

4 Der frühere Europaabgeordnete mit sowohl deutschem als auch französischem Hintergrund, *Daniel Cohn-Bendit*, hat dies kürzlich nicht unzutreffend folgendermaßen umschrieben: „Frankreich wünscht ein französisches Europa, mit starker sozialer Bindung. Deutschland ein deutsches Europa, strikt regelbasiert.“ Neue Zürcher Zeitung am Sonntag 1.1.2017.

Rückbau der Sozialstaatlichkeit anstrebt, wird hier noch eine Abgrenzung erfolgen. Dies auch deshalb, weil diese Erscheinungsform in einem Zusammenhang steht mit der gegenwärtigen Welle des Nationalismus. Zunächst aber wird auf ein Phänomen eingegangen, dem die Individualisierung als Voraussetzung der Demokratie praktisch seit der Erfindung des Nationalstaates ausgesetzt war, und das diese Demokratie wiederholt erschüttert hat.

### *1. Verschiedene Verständnisse von ‚Nation‘*

Zu Beginn der Bildung von Nationalstaaten hatten Staat und Nation zusammengehört oder vielmehr waren sie zusammengeführt worden, um den Nationalstaat überhaupt zu ermöglichen.<sup>5</sup> Daneben existierte aber weiterhin ein Verständnis der Nation, welches schon lange vor dem Beginn der Nationalstaatenbildung gegolten hatte, also bevor ‚Nation‘ zu einem politischen Begriff wurde. Dieses vorpolitische Verständnis hatte sich an Herkunftskriterien festgemacht, an Abstammung, Religion, Kultur und vor allem an ethnischer Zugehörigkeit. Das ethnische Verständnis blieb in Mitteleuropa weiterhin bedeutsam. Nur Briten und Franzosen hatten mit ‚national‘ schon immer ‚staatlich‘ gemeint. Die beiden Verständnisse wurden Anfang des 20. Jahrhunderts mit den Begriffen ‚Staatsnation‘ und ‚Kulturnation‘ versehen, wobei Frankreich ursprünglich für erstere und Deutschland tendenziell für letztere stand – ein Gegensatz, der sich mit der europäischen Integration aufzulösen begann.<sup>6</sup>

Im 19. Jahrhundert wurden die Nationalstaaten zunehmend durch Mythen legitimiert, teils durch lange zurückliegende wirkliche Geschehnisse, teils auch durch erfundene Geschichten. Manche dieser Erzählungen dienten vor allem der Verherrlichung des Volkes mit gemeinsamer Abstammung, der ethnischen Gemeinschaft. Auch typische Staatsnationen wie Frankreich oder die Vereinigten Staaten von Amerika konnten sich dieser Tendenz nicht ganz entziehen. Zwar haben sie ihre revolutionäre Selbstschöpfung als ‚aus dem historischen Nichts erschaffen‘ dargestellt. Gleichzeitig mussten sie aber eine Vergangenheit beschwören, ‚die schon immer auf dieses große Ereignis zugelaufen‘ sei.<sup>7</sup> Solche nationalstaatlichen Selbstdefinitionen förderten eine Sicht, wonach Staat und Nation unterschiedliche Bezugsgrößen sind. Während sich der Territorialstaat durch seine öffentliche Ordnung kennzeichnet, sind für die Nation Herkunftskriterien maßgeblich. Dies behindert die Individualisierung, die bei der Erfindung des demokratischen Nationalstaates zentral gewesen war. Wie will man dem ‚Anderen‘ noch als gleichem Staatsbürger begegnen, wenn das ‚andere‘ oder sogar ‚fremde‘ in ihm als so viel wichtiger erscheint?

Wenn sich die Loyalität zur öffentlichen Ordnung von der Anwesenheit im Territori-

5 Renan, Was ist eine Nation?, Europäische Verlagsanstalt, 1996 (1882).

6 Altermatt, Die Schweiz in Europa. Antithese, Modell oder Biotop?, 2011, S. 83 ff.

7 Dieser Widerspruch habe „seine Logik“, hält Andreas Zielcke fest: Ohne eine solche vorgestellte Konvergenz wäre es dem Einzelnen nicht möglich gewesen, sich jenseits aller Herkunftskriterien dem Mehrheitswillen anzuliefern. Zielcke, Süddeutsche Zeitung vom 9.6.2016.

alstaat umschichtet auf bestimmte Herkunftskriterien, werden zwei wesentliche Dinge rückgängig gemacht, die das republikanische Denken prägen und der Idee des demokratischen Nationalstaates Ende des 18. Jahrhunderts zugrunde lagen: Zum einen ist die Zugehörigkeit des Einzelnen zur öffentlichen Ordnung nicht mehr eine individuelle, sondern sie leitet sich ab aus der kollektiven Herkunft einer Gemeinschaft. Zum anderen wird das Zukunftsversprechen des demokratischen Nationalstaates geschwächt, wonach die öffentliche Ordnung immer wieder neu ausgehandelt wird. Das Zukunftsversprechen wird ersetzt durch eine Vergangenheitsverpflichtung, die darin besteht, der Herkunft die Treue zu bewahren und sie rein zu erhalten. Wer Loyalität oder gar Beheimatung so versteht, ist nicht mehr in der Lage, mit ‚anderen‘ oder ‚fremden‘ Personen auf demselben Territorium die Bewältigung der drängenden Zukunftsfragen zu diskutieren. Offene demokratische Zukunftsorientierung weicht der zukunftsverbauenden Vergangenheitsorientierung. So gesehen ist Nationalismus im Grunde genommen ein Verrat an der Idee des demokratischen Nationalstaates.<sup>8</sup>

## *II. ‚Soziale Individualisierung‘ als Globalisierungsphänomen*

Die Tradition der Sozialstaatlichkeit, die Europa von anderen Staaten unterscheidet – auch von solchen, die dem Westen zugerechnet werden –, ist jüngerem Datums als die Tradition des demokratischen Nationalstaates. Im Zusammenspiel von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit während der Französischen Revolution hatte der Begriff der ‚Gleichheit‘ noch nicht die ökonomische Bedeutung, die ihm heute zukommt. Gleichheit wurde damals vor allem staatsbürgerlich verstanden, indem man dem anderen Menschen als ‚gleichem‘ Mitbürger gegenübertrat, auch wenn er anderer Herkunft war. Ökonomische Gleichheit wurde damit noch nicht angestrebt. Vielmehr sollten die ökonomischen Unterschiede durch die republikanische Gleichheit erträglicher werden. So schrieb die französische Verfassung von 1791 ausdrücklich die Durchführung nationaler Festlichkeiten vor, um die staatsbürgerliche Gleichheit zu zelebrieren. Bei einem solchen ‚Banquet Républicain‘ saßen dann Wohlhabende und weniger Wohlhabende am selben Tisch.<sup>9</sup>

Erst mit der Industrialisierung kam im 19. Jahrhundert die sogenannte ‚Soziale Frage‘ auf. Die Verarmung ganzer Bevölkerungssegmente gab dem Begriff der Gleichheit eine ökonomische Bedeutung, die in der Revolution noch nicht vordergründig gewesen war. Ende des Jahrhunderts bildeten sich Wohlfahrtsstaaten heraus. Schon Napoleon III. hatte während des Zweiten Kaiserreiches in Frankreich das Genossenschaftswesen gefördert, und Bismarck führte in Deutschland die ersten Sozialversicherungen ein. Der eigentliche Durchbruch der Sozialstaatlichkeit erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Schatten der beiden großen Akteure des Kalten Krieges entwickelten alle westeuropäischen Länder sozialstaatliche Komponenten, wenn auch in unterschiedlicher Form und Intensität.

---

<sup>8</sup> Zielcke, a.a.O.

<sup>9</sup> Rosanvallon, Die Gesellschaft der Gleichen, 2013, S. 69 ff.

Zwar fand sich der Sozialstaat schon seit den siebziger Jahren zunehmend neoliberalen Druck ausgesetzt, doch konnte er sich in Europa halten, dies nicht zuletzt als Gegengewicht zur Ideologie der Länder jenseits des Eisernen Vorhanges. Dessen Fall hatte schließlich zur Folge, dass diese Ideologie weltweit als definitiv gescheitert galt. Dies stärkte die Forderungen nach Rückbau der Sozialstaatlichkeit in allen europäischen Staaten.

Die Entwicklung wurde ausgelöst und seither begleitet durch die Forderung nach mehr ‚Eigenverantwortung‘. Da deren Befürworter diese Forderung gelegentlich auch mit dem Begriff „sozialer Individualisierung“ umschreiben<sup>10</sup>, wird hier kurz darauf eingegangen. ‚Soziale Individualisierung‘ bedeutet, dass ein Teil der vorher durch den Sozialstaat abgesicherten Risiken auf das Individuum zurückübertragen, ihm aber gleichzeitig die Gewissheit vermittelt wird, dass es durch eigene Leistung in der Lage sein werde, den Eintritt dieser Risiken zu vermeiden. Dasselbe Individuum ist jedoch mit den eingangs erwähnten globalisierungsbedingten Veränderungen des Wirtschaftslebens konfrontiert, auf welche es keinen Einfluss nehmen kann, auch nicht durch eigene Leistung. Deshalb nimmt die Zahl jener zu, welche die Globalisierung als nicht einlösbares Versprechen betrachten. Manche, die definitiv durch die inzwischen viel loser gewordenen Maschen des sozialen Netzes gefallen sind, sehen sich nicht mehr als Staatsbürger und wenden sich vom politischen Geschehen ab. Zahlreich sind jene, welche negative Folgen der ‚sozialen Individualisierung‘ zwar noch nicht erlitten haben, sie aber umso mehr fürchten. Viele von ihnen wenden sich nationalistischen und fremdenfeindlichen Bewegungen zu.

Der Zusammenhang liegt auf der Hand. Diese Bewegungen definieren die Zugehörigkeit des Einzelnen zur öffentlichen Ordnung nicht mehr individuell-staatsbürgerlich, sondern aufgrund kollektiver Herkunft. Das Rückgängigmachen der politischen Individualisierung ist eng verbunden mit der Ersetzung des demokratischen Zukunftsversprechens durch Vergangenheitsorientierung. Die Bewegungen versprechen eine Rückkehr zur ‚guten alten Zeit‘ vor der Globalisierung. Unvermittelt zeigt sich dies auch in alterproben Demokratien. Zwar waren es längst nicht nur Globalisierungsverlierer, welche 2016 den Brexit oder die Wahl des neuen US-Präsidenten ermöglichten. Aber der Slogan „Make America great again!“ oder britisch „We want our country back!“ verlangt den Rückzug auf die eigene Nation, entweder als Abkehr von der Welt oder als Dominanz über sie.

Insoweit in europäischen Staaten der Rückbau der Sozialstaatlichkeit mit der Forderung nach ‚sozialer Individualisierung‘ untermauert wird, gerät der Begriff der Individualisierung gewissermaßen in ein Zwielficht. Es entsteht ein eigentliches Paradox, indem sich die Angst vor der Durchsetzung dieser ‚sozialen Individualisierung‘ zugunsten nationalistischer Bewegungen auswirkt. Damit steht diese Form von Individualisierung jener grundsätzlichen Form entgegen, welche dem demokratischen Nationalstaat seit dem

---

10 So *Bauman*, Die Angst vor dem anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache, 2016, S. 57 ff.



Beginn der Moderne zugrunde liegt. Die letztere ist eine politische. Und sie ist der Forderung übergeordnet, welche auch als ‚soziale Individualisierung‘ benannt worden ist.

Denn im demokratischen Nationalstaat muss demokratisch entschieden werden, wie viel sogenannte ‚soziale Individualisierung‘ eine Gesellschaft will, welchen Stellenwert sie also der Sozialstaatlichkeit einräumt. Der Begriff der ‚sozialen Individualisierung‘ stellt die Individualisierung als solche genauso in Frage, wie der Neoliberalismus die Errungenschaften des ‚liberalen‘, also freiheitlichen Staates in letzter Konsequenz erschüttern muss.

### *III. Politische Individualisierung*

Die Individualisierung, wie sie dem republikanischen Denken zugrunde liegt, ist eine politische. Der Begriff ‚politisch‘ leitet sich von der griechischen ‚Polis‘ ab, dem griechischen Stadtstaat der Antike. In der damaligen Form der Demokratie widmeten sich die Bürger ganz der Politik und überließen die Erwerbsarbeit jenen, die nicht den Bürger-Status hatten, und die den weitaus größten Teil der Bevölkerung ausmachten. Anders die Bürger, welche der Französischen Revolution zum Durchbruch verhelfen. Unter ihnen waren Gewerbetreibende und Kaufleute, welche sich von den vielfältigen Einschränkungen durch die Obrigkeit befreien wollten. Aber auch Ende des 18. Jahrhunderts war längst nicht die ganze Bevölkerung in den politischen Individualisierungsprozess einbezogen. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein wurde das Wahlrecht vielerorts abhängig gemacht von Eigentum oder Grundeigentum, ganz zu schweigen von den Frauen, deren Kampf um die politische Gleichstellung erst im darauffolgenden Jahrhundert erfolgreich war. Politische Individualisierung ist ein Prozess, der zu Beginn notwendigerweise viele ausschließt, weil er zunächst von wenigen erkämpft wird. Aber genauso notwendigerweise bezieht er immer weitere Kreise ein, weil sich die zunächst Ausgeschlossenen ein Beispiel nehmen an jenen, welche den Kampf bereits aufgenommen oder gar gewonnen haben. Es ist ein Prozess, der die Modernisierung kennzeichnet, und der nicht aufgehalten werden kann, ein eigentlicher Emanzipationsprozess, der immer weitere Kreise erfasst. Obwohl diese Richtung langfristig vorgegeben ist, schließt dies Rückfälle nicht aus.

In der Welle des Nationalismus, die sich gegenwärtig über Europa ergießt, gewinnt die politische Individualisierung, so wie sie Ende des 18. Jahrhunderts begonnen hat, eine Bedeutung wie selten zuvor. Dies wird deutlich, wenn man den Nationalismus zusammen mit der Fremdenfeindlichkeit betrachtet, die bisweilen rassistische Züge annehmen kann, sowie mit der Europafeindlichkeit. Diese beiden Geisteshaltungen kennzeichnen nationalistische Bewegungen mit großer Regelmäßigkeit. Politische Individualisierung bildet nicht nur eine Voraussetzung für die Demokratie, sondern sie ist auch die entwaffnende Antwort sowohl auf den Nationalismus als solchen, wie auch auf Fremdenfeindlichkeit und Europafeindlichkeit.

Nationalismus reduziert den Menschen auf seine Zugehörigkeit zu einer Nation im Sinne der Abstammung von einer ethnischen Gruppe, einer allenfalls sogar völkisch, also rassistisch verstandenen Herkunft. Als Antwort auf den Nationalismus löst die Individualisierung den Einzelnen aus seiner Abstammung heraus und macht ihn zum Staatsbürger (der ‚Bürger‘ als Individuum). Im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit spielt die Individualisierung insofern eine zentrale Rolle, als sie die Reduktion anderer Menschen auf bestimmte Herkunftskriterien verunmöglicht. Der Fremde wird nicht ‚als Schwarzer‘ apostrophiert, ‚als Syrer‘ oder ‚als Muslim‘, sondern er ist ein Mensch, der zufälligerweise einer Religion angehört, zufälligerweise aus einem bestimmten Land kommt und zufälligerweise eine bestimmte Hautfarbe hat. Aber das Entscheidende ist seine Eigenschaft als Individuum, unabhängig von seiner Herkunft (der ‚Fremde‘ als Individuum). Desgleichen die Bedeutung der Individualisierung als Antwort auf Europafeindlichkeit: Genauso wie sich das Individuum nicht auf die Zugehörigkeit zum eigenen Herkunftsstaat oder zur eigenen Herkunftsnation reduzieren lässt, sieht es im Gegenzug davon ab, einen anderen Europäer auf dessen Herkunftsstaat oder dessen Herkunftsnation zu reduzieren. Dieser andere Europäer ist ein Individuum, und damit wird er zum Mit-Europäer (der ‚Bürger eines anderen Staates‘ als Individuum).

#### E. Fazit

Europa steht vor einer Herausforderung vergleichbar jener am Ende des 18. Jahrhunderts. Damals hatte ein enormer Vertrauensverlust eingesetzt. Monarchie, Religion, Sippe und andere Kriterien der Herkunft hatten ausgedient. Sie besaßen nicht mehr die Kraft, den Menschen Vertrauen in die öffentliche Ordnung zu vermitteln. Insbesondere das Vertrauen in jene, die eine solche Ordnung hätten errichten können, war erschöpft. Im republikanischen Denken ließ sich damals die Verunsicherung auffangen. Dieses Denken wurde umgesetzt im demokratischen Nationalstaat, der auf die Staatsbürger abstellte, welche sich in dieser Eigenschaft als Gleiche begegneten, auch wenn sie ganz unterschiedlicher Herkunft waren. Die so erreichte politische Individualisierung war eines der entscheidenden Elemente im damaligen Umbruch.

Ein anderes Element war die Zukunftsorientierung. Die herkunftsbedingte Zugehörigkeit war vergangenheitsorientiert. Der Nationalstaat ersetzte diese Orientierung durch das Versprechen der Demokratie. Die neue Form der Zugehörigkeit bedeutete einerseits Vertrauen in die Freiheit, die einem der Staat zusicherte. Andererseits bedeutete sie Vertrauen in den gemeinsamen Willen der Staatsbürger, die Dinge gemeinsam an die Hand zu nehmen. Demokratische Entscheidungen geben eine Richtung an. Sie weisen in die Zukunft und sie sind immer revidierbar. Dies müssen sie schon deshalb sein, weil man künftige Entwicklungen und neue Rahmenbedingungen wiederum mitberücksichtigen will. Demokratie ist eine zukunfts offene Regierungsform.

Europa erlebt heute eine Auseinandersetzung um dieselben Errungenschaften, die damals die Schaffung des demokratischen Nationalstaates ermöglicht haben. Nationalisti-

*Zur Rechts-, Staats- und politischen Kultur in Europa*

sche Strömungen stellen wieder die Herkunft in den Vordergrund. Sie reduzieren das Individuum auf seine religiöse oder ethnische Gruppenzugehörigkeit, dies bis hin zu einer völkischen Definition des Staates. Und sie ersetzen die offene demokratische Zukunftsorientierung durch eine zukunftsverbauende Vergangenheitsorientierung. Damit fallen sie sogar hinter den Durchbruch des ausgehenden 18. Jahrhunderts zurück. Deshalb hat Europa heute eine doppelte Aufgabe. Zum einen verteidigt es den demokratischen Nationalstaat gegen die nationalistischen Strömungen. Zum anderen arbeitet es daran, politische Individualisierung und Zukunftsorientierung im Rahmen der Europäischen Union auf die europäische Ebene anzuheben, ohne diese Elemente im nationalen Rahmen abzuschwächen.

Auf europäischer Ebene entsteht eine neue Form der Staatlichkeit, jenseits der Nationalstaaten und dennoch wie damals entlang der Linien von Individualisierung und Zukunftsorientierung. Die Loyalität der Europabürgerinnen und -bürger zu dieser neuen Form der Staatlichkeit kann nicht auf Mythen basieren, sondern es bedarf dafür einer gemeinsamen Rechts-, Staats- und politischen Kultur. Diese muss die ganze Vielfalt der Rechts-, Staats- und politischen Kulturen widerspiegeln, wie sie sich in den europäischen Nationalstaaten entwickelt haben. Dazu wiederum ist es unabdingbar, sich mit dieser Vielfalt auseinanderzusetzen.

Sonderdruck aus:

# Rechtsstaatliches Strafrecht

Festschrift für Ulfrid Neumann  
zum 70. Geburtstag

Herausgegeben von

Frank Saliger

in Verbindung mit

Osman Isfen

Young-Whan Kim

Shing I Liu

Christos Mylonopoulos

Juarez Tavares

Keiichi Yamanaka

Yongliu Zheng



C.F. Müller